

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Preisangabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung
Geißbüschel 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kommunisten gegen Gemeindebetriebe

Wer ist bankrott? Berlin oder die SPD?

Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Jeder Mensch weiß, daß, wenn irgendwo von einem katastrophalen Bankrott geredet werden kann, der Bankrott der Kommunisten ganz unbestritten ist. Sie haben alle Veranlassung, sich mit ihrem eigenen Bankrott auseinanderzusetzen. Das wissen sie selbst auch ganz genau und sind deshalb in der letzten Zeit, wo man ihnen auch begnadigt, erstaunlich kleinlaut geworden. Aus diesem ihrem Bankrott heraus erklärt sich auch ein sensationeller Artikel, in dem die „Kote Fahne“ heute auf ihrer ersten Seite das Blaue vom Himmel heruntergeschwindelt und allen Ernstes ihre Leser für dumm genug hält, die Märchenzählungen über den angeblichen Bankrott Berlins zu glauben.

Der Sachverhalt ist ein außerordentlich einfacher; von irgendwelchen Geheimnissen, die angeblich vor der Wahl verborgen bleiben sollten, kann gar keine Rede sein. Bekanntlich hat mit der Stabilisierung eine

ungeheure Steigerung des Elektrizitätskonsums

eingeführt, die die städtischen Werke zu ganz außergewöhnlichen Maßnahmen gezwungen hat. In diesem Jahre ist das Charlottenburger Elektrizitätswerk vollkommen neu gebaut worden und nur die lange Ausdehnung des Bauarbeiterstreiks hat die Inbetriebnahme längere Zeit verzögert. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich aber schon im Frühommer davon überzeugen müssen, daß auch die Fertigstellung dieser Bauten, die ganz erhebliche Mittel beansprucht hat, nicht ausreicht, um der stürmischen Entwicklung der Werke zu genügen.

Infolgedessen ist der Bau des großen Kraftwerkes Rummelsburg beschlossen worden. Selbstverständlich kosten diese Bauten ungeheure Summen, die aus laufenden Einnahmen allein nicht beschafft werden können. Dafür sind bedeutende Anleihe Mittel nötig. Die erste amerikanische Anleihe auf 15 Millionen Dollar hat nicht den vollen Erfolg gebracht. Es sind bis jetzt 11,5 Millionen Dollar eingegangen; der Räumerei hofft allerdings, den Rest von 3,5 Millionen noch im Laufe dieses Jahres zu erhalten. Da inzwischen aber infolge der Wenderung des Finanzausgleichs mit der weitgehenden Steuerermäßigung die laufenden Einnahmen der Räumerei fast im letzten Monat erheblich verringert haben, entstehen für die Finanzierung der gewaltigen Neubauten momentane Schwierigkeiten, die nur durch eine neue Auslandsanleihe behoben werden können.

Zu diesem Zweck hat der Räumerei Verhandlungen über eine 30-Millionen-Frank-Anleihe in der Schweiz

geführt. Für das Frühjahr des nächsten Jahres müßte dann für die Restfinanzierung des Großkraftwerkes Rummelsburg mindestens noch ein Betrag von 25 bis 30 Millionen durch Anleihen aufgenommen werden. Es gehört zu den vielen Lügen der „Koten Fahne“, wenn behauptet wird, die für die Ausbalanzierung des Etats vorgesehenen Beträge der Werke seien den Neubauten entzogen. In Wirklichkeit ist bisher jeder Pfennig in die Bauten hineingesteckt worden.

Bei der Erledigung der Schweizer Auslandsanleihe haben sich nun im gestrigen Haushaltsausschuß Schwierigkeiten daraus ergeben, daß die Schweizer Banken von den 30 Millionen Frank einen Betrag von 4 Millionen Frank für Aufträge an eine bekannte Schweizer Elektrizitätsfirma sicherstellen müssen wollen. Diese Aufträge sollten über drei Jahre verteilt werden. Gegen eine solche Bindung wandten sich alle Vertreter des Haushaltsausschusses. In den weiteren Beratungen, an denen Mag Dörr, der indistrete Berichterstatter für die „Kote Fahne“, nicht mehr teilnahm, ist man dann übereingekommen, den Räumerei um die nochmalige Aufnahme von Verhandlungen zu ersuchen, die diesen prinzipiell bedeutenden Passus aus den Anleihebedingungen beseitigen sollen. Die Anleihe selbst ist finanziell etwas günstiger als die amerikanische Anleihe; der amerikanische Zinsfuß stellte sich auf 8,56 Proz., der Schweizer Zinsfuß auf 8,48 Proz. Da außerdem die Möglichkeit des Rückkaufs unter pari vorgesehen ist, wird sich die reale Verzinsung wahrscheinlich noch niedriger stellen. Gegen die rein finanz-

technische Seite der Anleihe sind deshalb keine Bedenken erhoben worden.

Der Räumerei hat selbstverständlich darauf aufmerksam gemacht, daß die Bauten an Großkraftwerken unter keinen Umständen stillgelegt werden dürften. Wenn es nicht gelänge, Anleihe Mittel aufzubringen, dann müsse man die Mittel aus laufenden Einnahmen nehmen. Da aber bereits alle laufenden Einnahmen sofort in die Bauten hineingesteckt werden, so könnte eine Steigerung dieser Einnahmen nur durch Tarifierhöhung erreicht werden. In diesem Zusammenhang sprach der Räumerei davon, daß man alle Werke zusammenschließen könnte, um Mittel für den notwendigen Neubau zu beschaffen. Die „Kote Fahne“ rennt offene Türen ein, wenn sie gegen solche Tarifierhöhungen protestiert. Daran ist unter keinen Umständen zu denken. Wir werden lieber eine ungünstige Auslandsanleihe schlucken, als eine neue Belastung der Bevölkerung durch Tarifierhöhung zu gestatten.

In Wirklichkeit haben die Kommunisten bei den gestrigen Beratungen, wie gewöhnlich, nur wieder am Strang der Deutschen Volkspartei gezogen. Selbstverständlich war der schulmeisterliche Herr v. Egnern wieder der Haupttruffer im Streit. Er will unter allen Umständen die Stadt und die Werke klein kriegen.

Dazu ist ihm jedes Mittel recht, und so machte er gestern in wütendster und sinnloser Opposition. Egnern und Dörr waren es, die sofort kategorische Ablehnung der Schweizer Anleihe verlangten, trotzdem beide mühten — selbstverständlich auch Dörr mühte das —, daß eine Ablehnung der Anleihe in der Tat die Gefahr einer Tarifierhöhung herbeiführt; v. Egnern sprach ganz offen davon.

Diese Absicht haben die sozialdemokratischen Vertreter, unterstützt von den Demokraten und erstaunderweise auch von der anderen Hälfte der Volkspartei, die den „Mann mit dem weiten Blick“ im Bunde mit Mag Dörr allein ließ, junäht gemacht.

Der Räumerei wird in diesen Tagen neue Verhandlungen aufnehmen und nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen werden die Sozialdemokraten ihre Entscheidung fällen.

Der „Artikel der „Koten Fahne“ ist nichts weiter als eine plumpe, dumme Wahlmache, bei der es Dörr und seinen Freunden auf eine Boge mehr oder weniger nicht ankommt. Der eine Erfolg dieses Artikels ist eine Erschwerung der Position des Räumerei bei seinen Verhandlungen mit den Schweizer Banken. Wenn das Bankenkongressum leicht Schwierigkeiten machen sollte, dann kann es sich sehr leicht darauf berufen, daß durch die verlogenen „Entscheidungen“ der „Koten Fahne“ es selber mit Rücksicht auf seine Situation in der Schweiz nicht mehr weiter entgegenkommen könne. Der zweite Erfolg aber ist der, daß

der Lohnbewegung der städtischen Arbeiter schwerste Hindernisse bereitet

werden. Denn jeder wird sich jetzt darauf berufen können, daß ja nach dem Eingeständnis der Kommunisten ohnehin Tarifierhöhungen notwendig und deshalb Lohnbewegungen unumgänglich seien.

Das ist ja aber den Kommunisten absolut gleichgültig. Ihnen kommt es gar nicht darauf an, daß Berlin unter günstigen Bedingungen Anleihen aufnehmen und dadurch auch die soziale Lage der städtischen Arbeiter bessern kann; ihnen ist auch gar nicht daran gelegen, Berlins Position zu stärken, ihnen kommt es nur auf läugerische Wahlmache an. Sie sind ausgesprochene Feinde und Gegner einer ehrlichen Arbeit für die Stadt Berlin. Was aus der Stadt wird, ist ihnen vollständig egal, wenn sie nur Parteigeschäfte machen können. Sie werden sich aber über die Wirkung ihres Dolchstoßes, den sie heute morgen gegen die Stadt gerichtet haben, sehr täuschen. Jeder Arbeiter wird sich fragen, ob man einer Partei seine Stimme geben kann, die in dieser Weise die Interessen der Arbeiterschaft ohne jedes Verantwortungsgefühl schädigt. Sie haben noch gerade zur rechten Zeit den Beweis erbracht, daß sie nicht fähig und nicht willens sind, positive Arbeit für die Arbeiterschaft zu leisten. Darum muß bei den Wahlen am 23. Oktober auch mit diesen Demagogen gründlich abgerechnet werden!

Die Stadt der Arbeit.

Der Kampf um die sozialdemokratische Mehrheit.

Die ganze Hoffnungslosigkeit, ja Mutlosigkeit der Rechtsparteien findet ihr getreues Spiegelbild in der lendenlahmen, gelangweilten und gequälten Art, wie die Rechtspresse den Wahlkampf um die Berliner Stadtverordnetenversammlung führt. Die Männer der Reaktion wissen, daß die Welle, die sie hochgetragen hat, abebbt, daß ihre Demagogie, ihre erbärmliche verlogene Hege aufhört, bei den Massen zu verfangen. Sie wissen, daß die Vernunft zurückkehrt und daß die geschichtliche Entwicklung die Parteien fördert, die von Anfang an den richtigen Kurs gesteuert haben. Sie sehen mit Schrecken, wie die Sozialdemokratie sich von Tag zu Tag mehr festigt, wie in ihren Reihen entmutigte Massen wieder Mut fassen und in Reich und Glied zu marschieren lernen. Sie begreifen, daß ihre Spekulation auf die kommunistische Zerspaltung der Arbeiterbewegung vergeblich gewesen ist und daß sie, wenn sie auch in Flugblättern mit Marx' und Engels' Zungen reden mögen, doch nicht mehr in der Lage sind, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Berlin, die Stadt der Arbeit, das wichtigste Zentrum der deutschen Industrie, das Herz der Republik, besinnt sich wieder auf sich selber; Berlin wird republikanisch, wird sozialdemokratisch wählen und auf dem Turm seines roten Hauses die rote Fahne der Freiheit hissen.

Je verwirrt die Rechtsparteien sind, je weniger sich „Tante Mienchen, Fräulein Ella und Herr Lehmann“ unter den 15 Listen des Bürgeriums zurechtfinden, um so weniger haben wir Veranlassung, bei ihnen zu verweilen. Uns gehört die Gegenwart und noch viel mehr die Zukunft. Auf unseren Schülern ruht die stärkste Verantwortung für die Entwicklung der Hauptstadt der Deutschen Republik zu einem lebendigen, arbeitenden, kulturfördernden Zentrum, zu einer Weltstadt, die deutscher Arbeit in der ganzen Welt Ansehen verschafft. Die Aufgaben, die der neu zu wählenden Stadtverordnetenversammlung harren, sind in ihrem Ausmaß kaum zu übersehen; sie gehen weit über das hinaus, was in den meisten Landesparlamenten zu erledigen ist.

Die technische und industrielle Entwicklung des letzten Jahrzehnts zwingt moderne Städteverwaltungen in Wirtschaftsaufgaben bisher ungekannter Größenordnung hinein. Die Doktrinen der Rechtsparteien, die glauben von Entkommunalisierung reden zu können, die der Meinung waren, daß die moderne Entwicklung die Städteverwaltungen wieder auf die Rolle eines genügsamen Nachtwächters zurückschrauben würde, werden sehr bald erleben, daß die wirtschaftliche Entwicklung, die immer mächtiger ist als alle Scheuklappen, die die parteilichen „Männer mit weitem Blick“ zu tragen pflegen, auch Berlin zwingen wird, mit äußerster Kräfteanstrengung alles zu wagen, um der Berliner Industrie durch vorbildliche Unterfertigung ihren Platz und ihre Stellung auf dem Weltmarkt zu sichern. Es braucht hier nur an die stürmische Entwicklung des großstädtischen Verkehrswezens erinnert zu werden, die auch Berlin und seine Verwaltung zu ganz neuen Lösungen zwingen wird, wenn wir nicht in der allgemeinen Entwicklung zurückbleiben und überholt werden wollen. Im Innern der Stadt muß die Enge und Unübersichtlichkeit durchbrochen und gelöst werden; die Ueberfüllung der Straßen erzwingt den Bau von Unterpflasterbahnen, die nicht nur die eigentliche City durchziehen dürfen, sondern von da aus ihren Weg weit in die Vororte hinein finden müssen. Der Ausbau unserer Großkraftwerke wird ebenso sehr äußerste Anstrengungen erfordern, wie die planmäßige Angriffnahme zentraler Beheizung. Allein diese wenigen Aufgaben werden für die nächsten Jahre, gar nicht zu reden von der ferneren Entwicklung, Summen erfordern, die heute noch sehr vielen phantastisch erscheinen würden.

Mit diesen Dingen im Zusammenhang steht die Notwendigkeit für Groß-Berlin nach der Wahl eines Stadthauptmanns für das Hochbauwesen, einen neuen Bebauungsplan zu schaffen, der zum erstenmal die Möglichkeit geben muß, die bauliche Zerspaltung, wie sie aus dem künstlich und unorganisch entstandenen Wirrwort der zufälligen Kommunalengrenzen sich ergeben hat, zu überwinden und aus der Ansammlung von Städten und Gemeinden überhaupt erst ein einheitliches städtebauliches Gebilde zu schaffen. Dabei geht es nicht nur um Straßendurchbrüche, um Ausfallwege aus dem Innern ins Freie, dabei geht es um Menschen Glück und Menschenzukunft. Die Berliner Mietkassernen mit ihren Hinterhöfen, mit ihren Massenelendsquartieren, dieser Schandfleck der modernen großkapitalistischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, war das Danaergesicht der Dreiklassen-Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung der arbeitenden Massen, die sozialistische Gemeinde muß zeigen, daß sie imstande ist, bei sorgfältigster Berücksichtigung aller wirtschaftlich notwendigen Erwägungen neue und bessere Wege zu gehen. Trotz des Widerstandes deutschnationaler Agenten des Bodenwuchers und der Spekulation müssen die Uferwege unserer Seen und Wasserflächen freigehalten werden, müssen Grünflächen und Erholungsplätze ein für allemal der Bebauung entzogen werden und Kleingärtendauerkolonien dem arbeitenden Volke die so notwendige Verbindung mit der Natur und der Erholung von der Fron der Fabrikarbeit sichern. Im Zentrum Europas, verbunden mit dem ganzen europäischen Wasserstraßennetz muß Berlins wirtschaftliche Entwicklung von der Stadtverwaltung überall energisch ge-

Schwarz-Rot-Gold in Chicago.

Neben reichsdeutscher Republikaner.

New York, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In einer großen Arbeiterversammlung in Chicago sprachen die aus Anlaß der Tagung der Interparlamentarischen Union in Amerika weilenden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Böbe, Rosenfeld und Sollmann, sowie der Volksparteiler Gildemeister. Die Veranstaltung wurde zu einer begeisterten Kundgebung für die deutsche Republik und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Mörderfreispruch in Mussolinien.

Verdict zum Matteotti-Prozess.

Rom, 21. Oktober. (W.B.) Die Geschworenen in Reggio Emilia haben künstlich wegen der Ermordung des sozialistischen Wahlkandidaten angeklagten Fejshilfen freigesprochen.

Denunziation eines Südtiroler Abgeordneten.

Rom, 21. Oktober. (W.B.) Einige italienische Teilnehmer des Interparlamentarischen Kongresses in Ottawa (Kanada) haben in einem längeren Telegramm an Mussolini gegen die Klagen des Südtiroler Abg. Tuzi bezüglich der Behandlung der Südtiroler Bevölkerung eingeleitet.

Kapitel Minderheitenrecht.

Rom, 21. Oktober. (W.B.) Die Anordnung des Justizministers, der den Gebrauch der italienischen Sprache bei allen gerichtlichen Vorgängen in den neuen Provinzen zur Pflicht macht, erklärt alle Urkunden in anderen Sprachen für ungültig. Leute, die die italienische Sprache nicht verstehen, dürfen nicht auf die Geschworenenliste kommen. Gegen Zuwandernde werden Strafen bis zu 3000 Lire verhängt. Zuwandernde Beamte werden für wenigstens drei Monate ihrer Stellung enthoben, erhalten kein Gehalt und werden freigesetzt. Nur für Flume bleiben die durch die internationalen Verträge gewährtesten Bestimmungen in Kraft.

Rücktritt Caillaux?

Die Radikalsocialen gegen seinen Finanzplan.

Paris, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Journé Industrielle befragt heute, daß der Ministerat den Finanzminister Caillaux aufgefordert habe, die von ihm vorgelegten Pläne zur Sanierung der Finanzen zu ändern und in ihnen den Beschlüssen des Radikalsocialen Parteitag in Nizza Rechnung zu tragen. Dadurch haben die Gerüchte von dem zu erwartenden Rücktritt des Finanzministers, der unter Umständen zum Sturz des Kabinetts führen kann, neue Nahrung bekommen.

fördert werden, damit es als der Mittler zwischen Osten und Westen durch den Pulsschlag seiner Arbeit dem wachsenden Menschenstrome menschenwürdige Existenz sichern kann.

Für Jahrzehnte wird der Wohnungsbau eine öffentliche Angelegenheit sein, und jeder, der nicht ganz durch Parteischuflappen gebunden ist, muß zugeben, daß mit den bisherigen Methoden allein keine Lösungen haben gefunden werden können, die den Notwendigkeiten unserer industriellen Entwicklung entsprechen. Viel systematischer, viel planmäßiger müssen die Mittel der Gesamtheit in den Dienst dieser großen Aufgabe gestellt werden; hier gilt es, die Grundlagen nicht nur für eine vierjährige Arbeit zu schaffen, sondern weit darüber hinaus der kommenden Entwicklung bestimmend die Richtung anzuzeigen.

Alle diese Aufgaben ergeben sich aus der klaren Erkenntnis, daß Berlin das stärkste Zentrum deutscher Arbeit ist, und daß die Arbeit der Gemeindeverwaltung nur dann Sinn hat, wenn sie sich die Unterstützung dieser Arbeitsentwicklung als oberstes Ziel setzt. Daneben wollen wir gar nicht die ungeheure Bedeutung der kulturellen und sozialen Verpflichtungen der Stadt verkennen. Aber alles, was hier an Plänen und Hoffnungen in den Millionenmassen schlummert, ist nur durchführbar, wenn einer blühenden Wirtschaft das Leben erleichtert und wenn ihr neue Möglichkeiten der Entfaltung gesichert werden. Das ist nur denkbar, wenn die Stadtverwaltung von Kräften getragen wird, die sich nicht als Feinde, als Gegner, als Konkurrenten der Gemeinde fühlen, sondern die bemüht, mit zäher Ausdauer und mit verantwortlicher Opferwilligkeit alle Kräfte anzuspannen, um der Gemeinde zu blühendem Leben zu verhelfen. Wo die Feinde einer solchen Entwicklung sind, das ist nach den vielen Erfahrungen der letzten Jahre kein Zweifel. Sie sitzen da, wo privatwirtschaftliche Befangenheit, wo enger Spießbürgergeist und hochmütiger Dünkel früher alleinregierender Schichten herrscht. Männer, die es fertig bringen, zu erklären, daß „eher die Stadt zugrunde gehen“ dürfe, ehe die kleinsten Sonderinteressen leiden dürfen, die sie berufsmäßig zu vertreten haben, dürfen für die Entwicklung Groß-Berlins nicht ausschlaggebend werden. Die Herrschaft und die eigenartige Eiferfucht der Großindustrie darf die planmäßige Arbeit der Stadtverwaltung nicht hemmen. Stützen und fördern kann sie nur die Partei, deren Wappen sich mit dem Schicksal und mit der Entwicklung Berlins untrennlich verbunden fühlen. Das allein ist der Grund, weswegen die Sozialdemokratie nicht aufhören kann und nicht aufhören wird, um die Mehrheit in der Verwaltung dieser Millionenstadt zu kämpfen. Ob in der Mehrheit oder in der Minderheit, sie wird stets mit all denen zusammengehen, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie bereit sind, Sonderinteressen hinter das Interesse der Gesamtheit zu stellen, aber stets wird sie dafür kämpfen, daß der Sozialismus allein der entscheidende Faktor für die künftige Gestaltung dieses deutschen, dieses europäischen Zentrums wird. Diese Aufgabe wird bei den kommenden Wahlen allein noch nicht gelöst werden. Zu ihrer Lösung gehört eine lange, unermüdliche und nie verjagende Arbeit vieler Jahre. Aber die Wahlen vom 25. Oktober werden und müssen die Berliner Sozialdemokratie einen gewaltigen Schritt auf ihrem Wege weiterbringen. Sie müssen dahin führen, daß in Zukunft es ein für allemal heißt:

Die Stadt der Arbeit dem schaffenden Volk!
Berlin der Sozialdemokratie!

Die Parlamentswahlen in der Tschchoslowakei sind auf den 15. November festgelegt. Unsere jüdisch-deutschen Genossen haben auf einem außerordentlichen Parteitag in Aussicht die Nichtbeteiligung der Partei an der deutschbürgerlichen „Einheitsfront“ einstimmig gebilligt und, ebenso wie unsere tschechischen Genossen, ein Wahlmanifest erlassen.

Der „Kreidekreis“ von Klabund.

Deutsches Theater.

Klabund ist stets zwischen den Stilen herumgegangen. Er war niemals darauf verfaßt, sein eigenes Karrentum oder seine höchste Größe bis zum Kerne auszunessen. Gern und geschmeidig entließ er von schönen Geistern, was ihm gefiel. Vieles gefiel ihm, das er nicht nachformte. Sein Talent des Empfangens ist sehr stark, mit der Empfängnis, die ihm das stärkste Werk zusichert, wurde er niemals gequält. Nun, da er von der Lyrik und der Erzählung ausreicht und zum Theater geht, wähle er auch wieder einen Stoff, der seine nicht gerade bedeutende Einbildungskraft zum Schwung befähigt. Dieses Melodrama und Symbol von Kreidekreis, der den Schicksalskreis bedeutet, hilft allen Menschen, die sich sentimental aufzulauern möchten, zu beherzigenswerten Erschütterungen. Wie ich, wie ammutig die Geschichte dieses sechzehnjährigen Chinesenfräuleins, das von der nacheinander Mutter ins Lee- und Lusthaus verkauft wird, sofort Schicksalsdame eines herumirrenden Prinzen und Ehegattin eines juchendreichen Bucherers wird! Wie befeuernd, was weiter erfolgt: Die Verdächtigung des Lee- und Lustfräuleins, daß sie ihren Mann vergiftet und ihr Kind aus einer fremden Blase gestohlen habe, wie rührend die Szene vor Gericht und das Todesurteil, und endlich die Erhebung zum Kaiserthron! Denn, herrlich, der Prinz, der damals sofort Feuer fing, wurde inzwischen Kaiser, und er hat nichts Besseres zu tun, als sofort das junge Mädchen mit dem vollleuchtenden Mantel seiner Macht zu bekleiden; und goldenes Licht und tiefe Hofbaldlinge und Musik, wolle von Schmelz, das ist, was nach all der Trauer und der Niedererschlagenheit und dem Frost in der Sämenacht das Partett erlösen kann.

Wie aber Reinhardt das beudet hat! Was er vorband, war ziemlich matt, es war auch tonlos, sehr häufig undichter im tiefsten Sinne und mußte den Regisseur zur Verzweiflung bringen. Zunächst ist Reinhardt alles Gesprochene in einzelne Wortmellen auf, die er derart aussendet, daß sie aus tausend verschiedenen und wertwichtigen Quellen der Persönlichkeit zu entspringen scheinen. Das heißt, er erzählt den einzelnen Schauspielern zur ganz kuriosen Persönlichkeit. Er hämmert ihm ein besonderes Gemüt ein, eine besondere Schärfe beim Reden, Gehen, Stehen, Gehen, Räuspern und Spüren. Es gelingt ihm, Monotonie in Vielfältigkeit zu verwandeln. Der Regisseur dichtet, Gottschalk, daß er diesmal gedichtet hat! Aber besser wäre es für uns und unser modernes Drama, wenn der Regisseur nicht zu dichten brauchte, wenn er nur dienen könnte.

Der Schauspieler ist natürlich nur zu dreifachen, wenn die Natur ihn legete. Fräulein Elisabeth Bergner, die das Teemädchen spielte, kann zusammenbrechen, das Schicksal über sich hingelassen lassen, jammern und heulen, Schmerztöne gläsern und elend verweisen als die nun in allem Räume festgewurzelte Meisterin der feinen Empfindung. Sie ist wohl die ideale Trägerin jeder Zart-

Keine Optantenausweisungen!

Eine notwendige Rückwirkung von Locarno.

Die deutsche Delegation unterzeichnete das Friedenswert von Locarno, weil ihr politische Rückwirkungen in sichere Aussicht gestellt wurden. Aber diese Rückwirkungen sollen, nach allem was uns bekannt geworden ist, sich nur auf den Westen erstrecken. Vom Osten Europas ist mit keiner Silbe die Rede gewesen, obgleich mitten in die Konferenzgesprächen die Nachricht hineinkam, daß Tausenden von deutschen Optanten die Ausweisung aus Polen unmittelbar drohe. Die Reichsregierung scheint es unterlassen zu haben, mit dem polnischen Außenminister die bevorstehende Deutschenverdrängung zu besprechen und sich die Zusicherung geben zu lassen, daß das formale Recht in dem Geiste menschlicher Verständigung angewandt werde. Eine solche Unterlassung — auf die leider alles bisher bekannte schließen läßt — wäre um so bedauerlicher, als es sich nicht wie im Westen von Locarno-Auswirkungen handelt, bei denen es nicht wesentlich darauf ankommt, ob sie vierzehn Tage früher oder später geschehen, wenn sie nur überhaupt in kurzer Frist eintreten: hier an Deutschlands Ostgrenze steht das Schicksal von Tausenden unmittelbar auf dem Spiel.

Es handelt sich, wie schon einmal im Juli, um tausende Deutscher, die in der Zeit des russisch-polnischen Krieges vor die Option, vor die Wahl gestellt wurden, ob sie als polnische Staatsangehörige für den neuen Staat die Waffen tragen, oder ob sie weiterhin die Staatsangehörigkeit ihrer deutschen Heimat beibehalten wollten. Dabei befanden sie sich in dem verzeihlichen Irrtum, daß sie meinten, auch trotz deutscher Staatsangehörigkeit in Polen bleiben und weiterleben zu dürfen. Der Wortlaut des Versailler Vertrages war zweifelhaft; es war dort von der Befugnis der Optanten die Rede, auszuwandern und ihre bewegliche Habe mitzunehmen. Erst ein Schiedspruch und der ihn ausführende Wiener Vertrag zwischen Deutschland und Polen stellte fest, daß es sich — in der üblichen Weise — nicht um ein Recht, sondern um eine Pflicht der Optanten handle, Polen zu verlassen. Mit grausamer Schärfe trifft das formale Recht Unschuldige.

Das Optantenschicksal erinnert in seiner Tragik an die Ausweisungen, die vor Jahrhunderten aus religiösen Gründen vorgenommen wurden. Jetzt, um den 1. November und ebenso in der Mitte nächsten Jahres bei weiteren Tausenden handelt es sich nicht um städtische Arbeiter oder Gewerbetreibende, sondern um kleine Bodenbesitzer, die mit leidenschaftlicher Liebe an ihrem Besitz hängen. Wird nicht schleunigst Einhalt getan, dann erleben wir, wie die staatlichen Polizeiorgane tausende friedliche Bürger aus Haus und Hof vertreiben.

Wir halten es für die dringendste internationale Aufgabe der deutschen und der polnischen Regierung, sofort eine Verständigung zu versuchen, die die Optantenausweisungen aufschiebt und rückgängig macht. Das Locarnowort sichert den europäischen Ländern den ungestörten Besitz ihrer Gebiete. Je mehr Polen davon überzeugt ist, um so eher kann es freiwillig darauf verzichten, sein Gebiet durch die Ausweisung von Angehörigen des Nachbarlandes zu sichern. Von der Reichsregierung aber verlangen wir, daß sie für die unglücklichen Tausende von deutschen Familien die politische Initiative ergreift, die im Geiste von Locarno eine politische Rückwirkung auf den Wiener Optantenvertrag herbeiführt.

Um ja oder nein.

Deutschnationale Verlegenheiten.

Gestern Abend hat eine Vorstandssitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion stattgefunden, an der Reichsinnenminister Schiele teilnahm. Bindende Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Heute morgen ist die deutschnationale Reichstagsfraktion zusammengetreten, um zum Vertrag von Locarno Stellung zu nehmen.

Die Opposition gegen die Annahme des Vertrags sammelt sich um die norddeutschen Landesverbände der Deutschnatio-

heit, die gesehen und angebetet werden soll in diesem Stück. Fräulein Bergner als unschuldig Angeklagte vor einem teulischen Richter und schließlich als Siegerin über alle Feindschaft und Schässigkeit, es ist sehr erredlich, solem Niederkunft und solcher Erhebung beizuwohnen. Die einzelnen Schauspieler dargierten glänzend. Sie müssen dargieren, aber diese künstlich überhöhten Schauspieler, die ihren Meister blindlings folgen, verirren sich auch. Hans Thiemig und Eugen Klöpfer sind Beweis dafür, daß ihre übermäßige Sozialkritik zum Regisseur ihnen schädlich sein kann. Nachdem Eugen Klöpfer als Bucherer seine pittoreske Natur ausgetobt hatte, wollte er gütig wirken, und er fing an, soüberlich zu wirken, und Hans Thiemig gab sich allzuviel Mühe, hell und feurig und so goldig zu wirken, wie die goldene Schuppenform, die ihn als den Alleinherrscher über das mächtige China befehdet. Er wirkte aber schließlich allzu operettenhaft. Der echte Ton wurde gefälscht. Alles Gelingen, das nötig war, um das Schauspiel zur Sonnigkeit und Hoffnung auszuliegen zu lassen, war Fräulein Bergner auferlegt. Sie trug alles, sie erhob sich zu wirklicher Schönheit. Rein Matel blieb an ihr.

Max Hachdorf.

Schutz vor der Presse. Die Fachorgane der Presse beklagen es, daß der journalistische Nachwuchs so sehr zu wünschen übrig läßt, daß gründliche Ausbildung auf irgendeinem Gebiet nicht mehr erzieht und gefordert wird. In den letzten Tagen haben wir beklagende Zeugnisse dafür erlebt. Was große Berliner Blätter, zum Teil unter sensationeller Aufmachung aus dem Vortrage des Professors Grimme (im Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens) über die Funde am Sinai gemacht haben, ist ein nur zu deutlicher Beweis dafür, daß gewisse Zeitungen ihre Aufgabe nicht mehr ernst nehmen. Es genügt, daß irgendein junger Mensch gefällig zu schreiben weiß, um auf die Menschheit ohne Sachkenntnis, ohne Verantwortungsgesühl losgelassen zu werden. Jetzt leben sich sogar die Arrangements des übrigens mehr oder weniger privaten Vortrags veranlaßt, öffentlich durch Herrn Dr. Bruno Weil erklären zu lassen:

Die große Bedeutung der Funde ist von der gesamten Presse betont worden. Um aber die Deffektivität vor Enttäuschungen zu bewahren, ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß Herr Professor Grimme zwar mit Sicherheit in seinem Vortrage die These aufgestellt hat, daß diese Funde das älteste Buchstabenalphabet der Welt und in semitischer Sprache geschrieben sind, daß er aber die von ihm gelehrten Deutungen, insbesondere, soweit sie sich auf die Version des Gesetzgebers Moses beziehen, nur mit aller Reserve vortrug. Ein endgültiges Urteil über den Inhalt der Tafel wird erst möglich sein, wenn die Funde, die der englische Professor Petrie aus unbekanntem Gründen am Sinai gelassen hat, nach Europa geschafft werden, und wenn diese Gelegenheit dazu benützt wird, um nachzuforschen, ob und was am Sinai an ähnlichen Dingen noch existiert.

Mit anderen Worten: Die Gestalt eines angeblichen Moses bleibt genau so unklar wie zuvor. Und wenn sie erwiesen werden sollte, ist für den ganzen Kreis der Sagen, die an seine Person geknüpft werden, nichts bewiesen. Daß die fünf Bücher Moses nicht von ihm stammen, wissen heute schon aufgeklärte Völer.

nenal Volkspartei. Vertreter der Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei, Vertreter der drei Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen, verstärkt durch Vertreter weiterer norddeutscher Landesverbände, haben — nach einem Bericht der Telegraphen-Union — in einer Versammlung in Lübeck nach Referaten der Reichstagsabgeordneten Dr. Everling und Gof beschlossen, folgende Entschiedenheit an die deutschnationale Reichstagsfraktion zu richten:

Wir haben uns von einem Sicherheitspakt auf der Grundlage des Versailler Diktates niemals einen Vorteil für unser Vaterland versprochen. Der in Locarno paraphrasierte Pakt erfüllt in keinem Punkte die Forderungen, die für die Deutschnationale Volkspartei zur Wahrung deutscher Ehre und Zukunft selbstverständlich sind. Wir wollen deutsches Land nicht preisgeben, die politische Selbständigkeit Deutschlands nicht an eine Völkerbunds-mehrheit ausliefern und eine erneute freiwillige Unterschrift des Versailler Diktates nicht zugeben. Eine anderweitige Auffassung stellt sich außerhalb der Grundzüge der Deutschnationalen Volkspartei. Wir verlangen deshalb von unseren Vertretern im Reichstag die Ablehnung des Paktes.

Das klingt nach Spaltungsdrohung, und man könnte es fast ernst nehmen — wenn man nicht wüßte, daß es vor der Annahme der Dawes-Verträge aus diesen Bezirken ebenso klang, ohne daß es ernst gemeint war.

Kommunistische Diskussionsfreiheit.

Ein Berliner Bannstrahl.

Im Organisationsbezirk Halle-Merseburg der KPD, haben sich einige Kommunisten erlaubt, ihre Ansicht zum Parteistreit innerhalb der KPD, in einem Rundschreiben den Mitgliedern zur Kenntnis zu geben. Darauf richtete die Zentrale der KPD, folgenden Bannstrahl gegen sie:

„Das Pol-Bureau des Zentralkomitees der KPD, hat zur fraktionellen Arbeit einer Gruppe von rechts eingestellten Genossen im Bezirk Halle-Merseburg Stellung genommen. Das Pol-Bureau billigt das energische Eingreifen der Bezirksleitung Halle-Merseburg gegen die Bildung einer organisierten rechten Fraktion. Die Freiheit der Diskussion darf nicht zu einer organisatorischen Zerreißung der Partei mißbraucht werden. Das Pol-Bureau stellt ferner fest, daß die rechte Gruppe im Bezirk Halle-Merseburg vorgibt, sich vorbehaltlos auf den Boden des EKKI-Briefes zu stellen. Wenn gleichzeitig diese Gruppe durch eine organisierte rechte Fraktion die Autorität der Bezirksleitung — die selbst nach dem Eingeständnis eines Fraktionsrundsprechens der rechten Gruppe ehrlich auf dem Boden des EKKI-Briefes und der Politik der Komintern steht — zu untergraben versucht, dann ist das eine Methode der doppelten Buchführung, die im EKKI-Brief aufs schärfste verurteilt wurde. Letzten Endes ist diese Stellungnahme der rechten Gruppe die Organisierung des Kampfes gegen die Politik der Komintern und gegen den innerpolitischen Kurs, der im EKKI-Brief vorgeschrieben wird. Das Pol-Bureau verurteilt aufs entschiedenste das Vorgehen der rechten Gruppe im Bezirk Halle-Merseburg und verwirft diese Genossen auf das ernste.“

Also Diskussionsfreiheit nur nach vorheriger Abstempelung der Meinungen durch die Instanzen!

Völkischer Meinelid.

Der Oberstaatsanwalt in Weimar hat die Aufhebung der Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Abgeordneten Spiller zur Durchführung eines Meinelidverfahrens beantragt. Spiller, der im vorigen Jahre in Weimar auf Plätzen der Liebe wandelte und eine Verkäuferin eines Papierenwarengeschäfts mittels Vorklatsch zu einem Selbstmord lud, hatte vor dem Weimarer Gericht in Abrede gestellt, die Vorklatsch gestrichelt zu haben. Die Verkäuferin und ihr Bräutigam aber sagten aus, daß Spiller zum verabredeten Termin an der auf der Postkarte bezeichneten Stelle gewesen wäre. Ein Schriftführer bestätigte bezeichnete Karte als von Spiller geschrieben.

Der andere Fall, in dem ein großer Teil selbst der hauptstädtischen Presse zur Verdamnung des Publikums beigegeben hat, betrifft die Berichterstattung über den Hellesbergerprozeß in Bernburg. Das Gericht war natürlich nicht die Stätte, um wissenschaftlich festzustellen, ob Hellesberger vorlag. Aber die Berichte tun in leichtfertiger Weise ja, als ob das Faktum der Hellesberger erwiesen sei. Und aus einem III, den irgendein journalistischer Spionageverantstalt hat, leiten sie weitere Schlussfolgerungen ab. Wenn diese Helfershelfer des wüstensten Übermaßens eine Ahnung davon hätten, wie schwer es ist, wissenschaftlich einwandfrei zu beobachten und Fehlerquellen auszuschließen, würden sie mit anderer Vorsicht ihres Amtes walten. Aber der Leser ist es zufrieden, denn es wird seinen Instinkten geschmeichelt.

Männerchor „Jichte-Georgina“. Als Arbeiterfängerchor gesehen, verfügt dieser Verein über prachtvolles Sängermaterial mit einer günstigen intellektuellen Schärfe und einer guten chorischen Schulung. Zu wünschen wäre, daß einige vorzügliche „Solo-sänger“ sich besonders in Höhe und Stärke dem Chorgesang besser und intensiver verschmelzen. Die Leistung des Vereins, der in der Garnisonkirche alte und neue geistliche Stücke sang, war hoher Anerkennung wert. Nur der Praktiker des Chorgesanges vermag zu erkennen, welche Fülle von Klängen die alten Sätze eines Palestrina oder Gallaus bieten, über deren schlichte Harmonisierungen der Laie genießend hinweghört. Freilich kommt diese herrliche alte Rebersimmlichkeit bei ihrer Verengung auf den Männerchorbereich nicht immer so plastisch heraus, wie es ursprünglich beabsichtigt ist. Am besten gelangen noch Sätze, in denen die Polyphonie die einzelnen Stimmen nicht zu weit ausschwingen läßt: Palestrina's „O bone Jesu“, Gallaus' „Ecce, quomodo moritur justus“. Bach's „Ramen, süßer Tod“ wird ein herrlich herausgearbeiteter Einzelstimm und dieser Klänge, und der Bearbeiter (Georg Schumann) biegt schließlich die Originalmelodie am Schluß krampfhaft um. Die zweifelhafte Manier der Gabrielischen Schule kann sich im engen Tonraum schon gar nicht anschieben, so schön der Chor das Stück auch sang. In Mozarts' „Ave verum“ gab es beim „esto nobis“ eine kleine Verlegenheit, die das Stück um ein Haar zu Fall brachte. Die modulatorischen Schwierigkeiten der nachfolgenden Schubertischen Kontposition bewältigte der Chor mit außerordentlicher Anpassungsfähigkeit. Walter Fischer spielte Bach und Beethoven, im Präambulum G-Roll von Bach selbstum unfrei und voller Hemmungen in der Präzision des Spiels zwischen Manual und Pedal sowie in der Agilität, so daß der tolle Schwung des Stückes zerstört und dieser Eindruck auch nicht durch die meisterhaft virtuose Gestaltung der nachfolgenden Frage aufgehoben zu werden vermochte. Georg Kulenkamp Post steuerte kleinere Stücke bei und Bach's D-Roll Chaconne für Violine allein in einer stark intellektuellen Ausführung. Wilhelm Knöchel ist dem Chor ein tüchtiger Erzieher, der ihn voll musikalischen Geistes über Höhen und durch Tiefen führt.

S. G.

Vorträge. Heute Abend 8 Uhr hält in der Urania Dr. Kurt D. Basse-Komponer einen Vortragsabend über: Henry Ford und das amerikanische System der Massenproduktion. Der Vortragsabend zeigt die Fiktion des amerikanischen Automobils. In einem Vortrag des Bildhauers Ithigen Institut spricht heute 8 Uhr im Harmoniumsal Dr. E. Simmel über „Pädagogische und Erziehung“.

Was nützen uns Kolonialmandate?

Eine nächtliche Erwägung.

Deutschnationale Blätter beschäftigen sich lebhaft mit einer Rede, die Genosse Stellung kürzlich in Königsberg gehalten hat. Ihre Kritik wendet sich besonders gegen eine Stelle, an der Genosse Stellung ausführte:

Es ist immerhin möglich, daß im Laufe der nächsten Zeit der Gedanke auftaucht, Deutschland wieder aufzufordern, die Aufsicht seiner früheren Kolonien zu übernehmen. Das Schicksal behüte uns vor dieser Entwicklung, es behüte uns davor, daß wir wieder Ausbeuter der Eingeborenen werden. Unsere Lage in der Weltwirtschaft könnte auch diese Entwicklung nicht bessern.

Diese Äußerung wird zum Anlaß genommen, die Sozialdemokratie wieder einmal der „nationalen Unzuverlässigkeit“ zu zeihen. Zu gleicher Zeit veröffentlicht aber auch der völkische Schriftsteller Arthur Dix in der ihm nahestehenden Presse einen Aufsatz, in dem vor Kolonialmandaten als einem „gefährlichen Danaergeschenk“ gewarnt wird. Schon das allein zeigt, daß diese Frage mit „nationaler Zuverlässigkeit“ nicht das geringste zu tun hat.

Die Rückgabe eines kleinen Teils des kleinen, wirtschaftlich wenig bedeutenden Kolonialbesitzes, über den Deutschland vor dem Kriege verfügte, würde manchen Volksteilen, deren außenpolitische Einstellung nur vom Gefühl beherrscht wird, eine Genugtuung sein. Das ist aber auch der einzige Vorteil. Wirtschaftlich würde Deutschland mit solchen Resten wenig anfangen können. Politisch würde es aber damit wieder in die Reihe der Staaten eintreten, die gegenüber den unterdrückten Völkern der Welt durch eine Solidarität der Interessen verbunden sind. Es würde dann den Haß dieser Völker gegen ihre Unterdrücker mit zu tragen haben. Vom machtpolitischen Standpunkt gesehen, der gerade den Deutschnationalen besonders nahelegen sollte, springt es in die Augen, daß Deutschland die ihm zurückgegebenen Kolonialreste gegen andere Mächte gar nicht halten könnte, daß sie also für Deutschland nur ein Moment der außenpolitischen Schwäche darstellen würden. Das ist auch der entscheidende Gesichtspunkt, von dem aus die völkische Kritik zu einer Verwerfung des ganzen Projekts gelangt.

Die Deutschnationalen täten besser, das ganze Problem gründlich durchzudenken, statt es zum Gegenstand einer Hez gegen die Sozialdemokratie zu mißbrauchen, deren Fehlschlag von vornherein feststeht.

Die belgische Sanierung.

Sieg der sozialistischen Grundforderung.

Brüssel, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalrat der Arbeiterpartei nahm am Dienstag seine Debatte wieder auf, in deren Verlauf Arbeitsminister Bouters ausführte, eine neue Loge sei dadurch geschaffen, daß laut Gutachten der Regierungsjuristen die Aufnahme einer Auslandsanleihe zur Frankensanierung nicht ohne vorherige Zustimmung des Parlaments zulässig sei. Damit werde die Absicht, eine Auslandsanleihe noch vor Zusammentritt der Kammer abzuschließen, hinfällig. Aus dem weiteren Verlauf der Debatte, namentlich aus einer scharfen Erklärung de Brocqueres ergibt sich, daß das Gleichgewicht des Haushalts vor jeder Auslandsanleihe wie überhaupt vor jeder großzügigen Stabilisierungsaktion unbedingt hergestellt sein muß. Daß nunmehr auch die Regierung sich zu diesem Standpunkt bequeme, hat der Finanzminister Janssen der Presse gegenüber in einer gewundenen Erklärung zugesprochen, die deutlich genug erkennen läßt, daß der ursprüngliche Plan einer Auslandsanleihe von 150 Millionen Dollar zunächst aufgegeben ist und gegenwärtig nur übrig bleibt: 1. Budgetsanierung, 2. Krediteröffnung in London und anderwärts von etwa 40 Millionen Dollar als Manövermasse zur etwaigen Frankensanierung. Erst viel später wird sich dann zeigen, ob nach der erfolgten Budgetsanierung eine Auslandsanleihe noch nötig oder möglich sein wird. Lediglich scheint man auch in London einige Bedenken gegen Gewährung einer Anleihe ohne vorherige Budgetsanierung geäußert zu haben.

Der Generalrat hat einstimmig in einer Resolution die Forderungen der Partei und der Gewerkschaften an die Regierung zusammengefaßt. Der Kampf dürfte sich nunmehr auf die Budgetsanierung konzentrieren. Finanzminister Janssen erklärte 400 Millionen neue Steuern für notwendig. Diese Summe dürfte jedoch zu niedrig gegriffen sein. Es bleibt jetzt abzuwarten, welche Steuern vorgeschlagen werden.

Winterpause in Marokko.

Abd el Krim will weiterkämpfen.

Jes, 21. Oktober. (Havas.) Auf der Westfront ist eine Strafexpedition gegen die Beni Urialen im Gange. Im mittleren Frontabschnitt hat die 19. Division mit Unterstützung von Eingeborenen nach zwölfstündigem Kampf und nach Kämpfen in einem sehr schwierigen Gelände Randat besetzt. Weiter ist der Dschebel Messaud besetzt worden.

Rabat, 21. Oktober. (Havas.) Nach Abschluß der Sicherungsoperationen haben die französisch-spanischen Truppen ihre Winterquartiere bezogen. Die in diesem Jahre verstrichene einjährige Regenzeit hat alle Operationen, die sich unter den besten Bedingungen entwickeln, unterbrochen. Weder in der fruchtbaren Gegend des Bergbaues und des oberen Lebens noch in den Tälern nördlich von Kiffane sind Operationen möglich. Das Kommando trifft zurzeit Maßnahmen, um die zurzeit nicht benötigten Kontingente wieder nach Frankreich zurückzuführen. Man erwartet, daß Abd el Krim versuchen wird, unter der Benützung des schlechten Wetters gegen die französischen Stellungen vorzugehen, es scheint aber, daß seine Propaganda für den Krieg gegen die Franzosen immer weniger Anklang findet.

In einer Versammlung in Targuist erklärte Abd el Krim, ein Abkommen mit Frankreich und Spanien könne nur zum Nachteil der Rifbewohner abgeschlossen werden. Infolgedessen sei es besser, den Kampf fortzusetzen.

Der Krieg der chinesischen Generale.

Tschangtschun scheint schlecht zu gehen.

London, 21. Oktober. (Ill.) Die Truppen Tschangtschuns, so berichtet die „Times“ aus Peking, sind mit Ausnahme derjenigen, die sich kampflustig ergeben haben, namentlich auf der Nordseite des Pangtschiang und gehen mit der Eisenbahn nach Norden. Kiangsu ist in den Händen Suntschuangfongs. Die weitere Folge der Bewegung ist, daß auch der südliche Teil der Provinz Kiangwei geräumt werden muß. Tschangtschun hat infolgedessen seine Stellung am Pangtschiang verloren, und man nimmt an, daß seine Streitkräfte sich auf Hugschau zurückziehen werden. Es herrscht Unklarheit über die Absichten des sogenannten Christen generalis Fongguifang. Man nimmt jedoch an, daß er sich unaktiv verhalten werde. Die Tarifkonferenz wird am kommenden Montag beginnen. Inzwischen bedeutet die Unterbrechung der Eisenbahnverbindung Shanghai-Peking für die aus Shanghai kommenden Delegierten die Notwendigkeit einer Seereise. Wie weiter bekannt wird, hat sich Kiangling Suntschuangfong ergeben. Wupikui ist in Hankau eingetroffen. Die Hupikui-Milizarmee hat sich für ihn entschieden. Wupikui hat sich endgültig gegen Peking und Wuhan, d. h. gegen Tschangtschun erklärt.

Vom Gefangenenlager zum Kindergarten!



Draußen bei Jossen liegt der sogenannte Soldatenpark, wo in den Jahren des Weltkrieges Tausende von Gefangenen hinter Drahtverhau gehalten wurden. Streng bewacht von deutschen Militärs, freudlos, tiefe Sehnsucht nach den Lieben daheim. Wochen, Monate, Jahre der Einsamkeit, Bitternis im Herzen, so lebten hier Menschen, wie Hunderttausende in anderen Lagern der ganzen Welt. Wieviel Haß, wieviel Ragegefühl ist damals überall in der Welt erzeugt worden. Und doch hat auch in diesen Stätten der Hoffnungslosigkeit die Menschenseele nach Ausdruck gesucht, und nicht alle Hoffnung ausgegeben. Viele kleine Kunstwerke, die von den Gefangenen vollbracht und die anfangs noch im Park erhalten waren, legen Zeugnis ab von der Unverwundlichkeit des menschlichen Glaubens an eine bessere Zukunft. Betreten wir heute jene Stätten, so holt uns großes Nachdenken von Kindern entgegen. Hunderte von Berliner Kindern — auch Opfer des Krieges — sind hier untergebracht, gepflegt und betreut von liebevollen Menschen. Konnte der „Soldatenpark“ wohl einem schöneren Zwecke dienlich gemacht werden? — In entgegenkommender Weise hat die Regierung das 10000 Quadratmeter große Gelände der Stadt Berlin für eine mächtige Pachtsumme auf 25 Jahre zur Verfügung gestellt. Nicht weniger denn 50 feste Gebäude stehen dort bereit; bisher werden davon sieben benützt, in denen 400 Kinder Platz finden können. Fast sozial sind auch zurzeit noch dort und im Winter soll der Betrieb nach Möglichkeit aufrecht erhalten werden. Im nächsten Jahre, wenn weitere Gebäude renoviert sein werden, können etwa 1200 Kinder Unterkunft finden. Im ehemaligen Offizierskasino, wo mutige Stappenkämpfer manchen Sieg bei Sekt gefeiert haben mögen, erringt heute der von Menschenliebe getragene Dienst an Kindern schönere Siege.

Die Verpflegung der Kinder.

Die Verpflegung der Kinder ist vortrefflich. Jeden Tag zum zweiten Frühstück gibt es einen halben Liter Milch und kein Tag ohne einmal Kakao, ein reichliches Mittagmahl und Abendbrot. In dem großen Speisesaal können etwa 600 Kinder Platz finden, in einem kleineren 150. Eine große moderne eingerichtete Küche versorgt alle Gänge mit Speise und Trank. In den Schlafzimmern herrscht die peinlichste Sauberkeit und Ordnung, Waschräume und Bäder sind in ausreichendem Maße vorhanden. Eine Kegelhalle von 72 Meter Länge, mitten im Wald, bietet Raum für 250 Kinder.

Für die freie Arbeitsschule.

Gegen Reaktion, Heuchelei und Bevormundung.

Eine mächtige Kundgebung für die Idee der freien Arbeitsschule gegen Reaktion, Heuchelei und Bevormundung wurde die stark besuchte Massenversammlung, in der die Häupter der fortschrittlichen Schulpolitik Berlins, die Genossen Paulsen und Dr. Löwenstein sprachen.

Genosse Paulsen richtete sehr ernste Worte an die Arbeiterschaft. Es sei eine Würdelosigkeit, aus gesellschaftlichen Bedenken in der Kirche zu bleiben, die man längst als Fürsprecherin des Konfessionsbekenntnisses kenne. Man dürfe sich nicht nur um Lohnfragen kümmern, das werde jedem bei dem Reichsschulgesetzentwurf klar. Schon in der Verfassung hat die Oberächlichkeit der Konfessionsbekenntnis der Eltern maßgebend sein, in den Gemeinden sind in den Volksschulen auf konfessioneller Basis einzurichten. Auf diesem „Indes“ fußt der Entwurf des Juristen Gährig. Nach ihm wird Lehrern, die den Anforderungen der Kirche nicht genügen, der Unterricht an den Konfessionsschulen entzogen. Zur Schaffung weltlicher Schulen ist Mehrheit der Erziehungsberechtigten, zur Erhaltung der Bekenntnisschulen, die zu 90 Proz. überall existieren und automatisch zu konfessionierten Bekenntnisschulen werden, sind nur 40 Stimmen erforderlich. Will man eine einlässige Schule, wie sie auf Dörfern vielfach zu finden sind, zur weltlichen Schule machen, sind sogar sämtliche Stimmen notwendig. Da also die Bekenntnisschule fast unausschließlich ist, werden die Lehrer zur Heuchelei gezwungen, wenn sie nicht mit Frau und Kindern hungern wollen. Selbst die Hamburger freien Schulen sind ernsthaft gefährdet. Es wird ein flaffender Zwiepakt zwischen Gefinnung und Verhalten sich aufzu, den Kindern wird eingepreßt, was sie zur Reife brauchen, sie werden nicht zu Menschen, die was sind und in den Produktionsprozess eingreifen. Dagegen ist offene laute Empörung am Plage. Die Arbeiterschaft muß die Konsequenzen ziehen, aus der Kirche und ihren Schulen in Scharen auszuwandern in das bessere schönere Land der freien Arbeitsschule. Ein mächtiger kulturpolitischer Kampf wird kommen, eigene sozialistische Schulen werden entstehen. Solange wir in uns selbst unterliegen, sind wir auch im Parlament geschlagen; aber indem wir uns befreien, sind wir frei.

Genosse Dr. Löwenstein sprach von der Personalpolitik. Es sind nicht mehr Leute aus der „lüchtigen“ Deutschen Volkspartei nötig, wie Herr Beneke für das höhere Schulwesen und der Altphilologe Prof. Helmke für die Berufsschulen, sondern Menschen innerer Berufung. Löwenstein und Paulsen, die Redaktoren, vor den Toren“ schreibt die Reichspresse. Es fällt uns nicht ein, auf diese Töne der Herren v. Cohnen und seiner Brüder zu antworten, aber man muß einmal mit solchen Methoden endgültig abrechnen.

Das Schulwesen wird zersplittert durch den Entwurf, aber man fordert Verbilligung. Arbeitsschulen werden „natürlich“ zu teuer werden. „Würdigkeit“ der Kinder für die Bekenntnisschulen verlangt die Deutsche Volkspartei. (Ist ein Hungeriger würdig, fast zu werden?) Die Vorteile des Aufstiegs, die Austauschungen, werden verfloßt werden. In Neudölln schreiben sie von Terrorisierung durch

Da lagen sie, auf der einen Seite die Jungen, auf der anderen die Mädchen, von der kräftigen Herbstsonne beschienen. Die Kleinsten der Kleinen, die unter sechs Jahren und zurückgestellte Schulkinder, haben einen Pavillon für sich, ihre eigenen Vätergenossen; sie essen, schlafen und spielen für sich. 25 soich kleiner Menschentinder genießen zurzeit den Landaufenthalt.

Die Waldschule.

Andere Städte sind längst dazu übergegangen, ganze Schulklassen im Sommer hinaus in den Wald zu legen. Hier ist der Anfang gemacht und das dazu hergerichtete Gebäude ist wunderbar für diesen Zweck geeignet. Große helle, luftige Schulräume, Schlaf- und Waschräume. Jetzt ist eine Mittelschule Neudölln mit ihren Lehrern dort. Für Verpflegung zahlen die Eltern nur eine Mark pro Tag. Abwechselnd sollen Klassen von höheren und Volksschulen hinausgelegt werden. Das festgebaut Haus, der dichte schützende Wald werden es auch bei größerer Kälte gestatten, die Einrichtung über Winter fortzuführen. Genossin Wegl, die verdiente Dezernentin für das Berliner Jugendamt, hofft diesen Zweig der Jugendpflege so weit auszubauen, daß jedes Berliner Kind während seiner Schulzeit wenigstens einmal in den Genuß kommt, den Unterricht in solcher freier Natur erhalten zu können. Jedenfalls der Anfang ist gemacht, er ermutigt zur Fortsetzung.

Das Werk der Loge.

Die Loge der Odd Fellows unterhält auf eigene Kosten ständig eine Gruppe von 50 Kindern, die in einem besonderen Pavillon untergebracht sind und vom Personal der städtischen Anstalt mit betreut werden. Auch diese Kinder sind aus behüteten Berliner Familien ausgewählt, ihre Verpflegung ist genau die gleiche, wie die der vom Jugendamt kommenden. Eine besondere Einrichtung ist für die schulfähigsten gewöhnlichen Arbeiterkinder geschaffen. In kleineren, einfach aber traulich eingerichteten Schlafzimmern sind 18 Plätze für sie vorhanden. Hier können junge Mädchen ihre 3, 5, 8 Tage Ferien verbringen. Für sie bezahlen die Bezirke 1,50 Mark den Tag. Auf Wunsch können die Mädchen ihre Verpflegung auch selbst übernehmen. Diese Einrichtung wurde schon reichlich von wertvollen jungen Mädchen benützt.

Weitere Pläne.

Das von den Gefangenen angelegte Stadion ist mit seinem ihn umgebenden dichten Baumbestand wie geschaffen für eine Freileichtbühne. Ein Kino mit Kulturfilmern wird von der obengenannten Loge eingerichtet werden. Eine Jugendherberge, die sich aber außerhalb des Bagers befindet, ist auf das beste eingerichtet. Das umfangreiche Gebiet mit den vielen zweckentsprechenden Gebäuden und den großen angrenzenden Waldbeständen bieten allerlei Möglichkeiten für Ausbehnung und Vervollständigung. Das Ganze legt Zeugnis ab von einer unaufhörlichen weitschauenden Fürsorge, wie sie nur die nie versagende Liebe für die Kinder des Volkes aufbringen kann. Wie sie nur geleistet werden kann durch großzügige Einrichtungen, getragen von reichlichen Mitteln der Kommune und unter öffentlicher Kontrolle der städtischen Körperschaften. Die bürgerlichen Parteien im Stadtparlament würden die Wohlfahrt auch heute noch am liebsten den privaten Vereinigungen überlassen. Wohlfahrt statt Recht. Und, daß an der Spitze der so wichtigen Jugendpflege eine sozialdemokratische Frau, die Genossin Wegl, steht, ist ihnen recht peinlich. Aber die große Umficht und Liebe, die Unparteilichkeit, mit der unsere Genossin ihr Amt führt, entzweifnet die Wiberjader.

Am 25. Oktober wird Gelegenheit sein, die Position der Sozialdemokratie, die in den Fragen der Wohlfahrt unabhängig alle Partei zu befehlen und zu stärken. Das ist notwendig, wenn der Ausbau der Jugendpflege weiter gefördert werden soll; nur gezwungen folgen auf diesem Gebiete die bürgerlichen Parteien der Initiative der Sozialdemokratie.

Die SPD, aber Herr v. Cohnen stellt patenationale Direktoren an. Die Republik ist monarchistisch durchdrängt; „wenn die neue Schule kommt, haben wir wieder das alte Regiment.“ Die Abwehr ist längst nicht erschöpft genug, aber durch die mittelalterlichen Maßnahmen der Rechten wird die Arbeiterschaft zum Boykott gezwungen werden und endlich aufzurüttelt durch die Verarmung ihrer Kinder, sich ihr Recht erkämpfen. In der lebhaften Diskussion sprachen sehr amüsiert und unbeschwert von Schlichtheit ein Pastor und ein christlicher Lehrer, denen Genosse Paulsen entgegensteht: Sie gehen dem Kindes Ihren Gott, ich habe ihm den Weg zu seinem Gott offen. Dem Kommunismus Friedhof hielt Genosse Dr. Löwenstein vor, für seine Partei wäre die Politik ein nettes Spiel für die, die vom Monde zugucken. Heute aber sei ein heillos Kampf gegen die Autoritäten so notwendig, daß für einen Zeitvertreib keine Kräfte übrig seien. Die Redner ernteten Sturm! — Beifall.

Verhaftung der Gräfin von Bohmer.

Beginn der Verhandlungen am 5. November.

Auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft ist heute mittag Gräfin Elisor von Bohmer, geb. von Dierck, in ihrer Wohnung, Markgrafenstraße 12 in Potsdam, verhaftet worden. Der Grund der Verhaftung besteht darin, daß die Gräfin es unternommen hat, Zeugen zu beeinflussen. Der Hauptverhandlungstermin ist auf den 5. November, 9 Uhr vormittags, vor dem erweiterten Schöffengericht in Potsdam, Kaiser-Wilhelm-Straße, anberaumt. Die Verhaftete ist in das Gerichtsgefängnis Lindenstraße in Potsdam eingeliefert.

Die Bahnhofsgastwirte wehren sich.

In einer Presseerklärung in den Räumen der Bahnhofsgastwirtschafts-Genossenschaft Neudölln erörterte der Vorstand der Bahnhofsgastwirte die allgemeine Wirtschaftslage der Bahnhofsgastwirtschaften. Der Referent führte ungefähr aus: Es sei durchaus falsch, daß die Preise für Getränke, Speisen oder Zigaretten in den Berliner Bahnhofsgastwirtschaften höher seien als in anderen Restaurants. Unter anderem zeigte er die Speisefarten des Anhalter und des Friedrichs-Bahnhofs, nach denen die Preise tatsächlich mittleres Niveau halten. Hinzu kommt aber, daß die Bahnhofswirte ganz andere Unkosten hätten als die Inhaber anderer Restaurants. Das Bahnhofrestaurant müsse eine Stunde vor Abgang des ersten Zuges geöffnet und könnte erst eine halbe Stunde nach Eintreffen des letzten geschlossen werden, gleichgültig, ob Gäste da seien oder nicht. Beleuchtungs- und Beheizungskosten trägt der Wirt, der ferner auch für die Instandhaltung der Räume verantwortlich ist und jedes Vierteljahr gefürdigt werden kann. Außerdem ist das Risiko für Verluste an Beständen und Porzellan ungleich höher als üblich. Mit Entschiedenheit wies der Referent die Ungleichbehandlung zurück, daß auf den Bahnsteigen die Preise höher seien als im Restaurant selbst.

Sprech-Chor für proletarische Zeitkinder. Donnerstagabend 7 1/2 Uhr. Uebungsstunde im Gefängnis der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17. Ausgabe der Zeitschrift für Großstadtjugend.

